

IGI Rißtal: Bedenken sollen ernst genommen werden

Baubürgermeister kündigt Bürgerversammlung an – Ausschuss ist für Änderung des Flächennutzungsplans



Die Bedenken der Herrlishöfer zum Bau des IGI Rißtal sollen ernst genommen werden, sagte der Biberacher Baubürgermeister Christian Kuhlmann. (Foto: Sebastian Kahnert/dpa)

Biberach / gem Bei zwei Gegenstimmen der Grünen hat sich der Bauausschuss des Biberacher Gemeinderats am Donnerstagabend dafür ausgesprochen, den aktuellen Flächennutzungsplan zu ändern, um das geplante interkommunale Gewerbegebiet (IGI) im Rißtal zu ermöglichen. Im nun anstehenden Verfahren werde man auch die Bedenken diskutieren, die diese Woche von Bürgern aus Herrlishöfen formuliert wurden (SZ berichtete), sagte Baubürgermeister Christian Kuhlmann.

Wie berichtet, ist als Plangebiet für das IGI Rißtal eine etwa 45 Hektar große Fläche nörd-

lich des Warthauer Teilorts Herrlishöfen vorgesehen. Dort will unter anderem die Unternehmensgruppe Handtmann aus Biberach ihren Erweiterungsbedarf realisieren. Im Vorfeld waren mehrere Bereiche im Rißtal nach einem Kriterienkatalog als mögliche Standorte für das IGI geprüft worden. Der nun gefundene Bereich sei der geeignetste, so Kuhlmann.

Derzeit läuft ein sogenanntes Zielabweichungsverfahren beim Regierungspräsidium (RP) in Tübingen. Dies ist deshalb notwendig, weil im besagten Gebiet aus Gründen der Zersiedlung eigentlich kein Industriegebiet möglich ist. Das RP wird voraussichtlich bis Sommer entscheiden, ob von diesem Ziel abgewichen werden darf. Erst dann lässt sich auch der Flächennutzungsplan ändern. „Wir rechnen mit einer positiven Entscheidung“, sagte Kuhlmann.

Der Baubürgermeister wandte sich in der Sitzung auch explizit an die Bürger aus Herrlishöfen, die diese Woche im Warthauer Gemeinderat ihre Bedenken gegen das IGI Rißtal vorgetragen hatten. Neben mehr Verkehr befürchteten sie auch Lärm- und Geruchsemissionen durch neue Industriebetriebe. „Ich kann diesen Bedenken absolut nachvollziehen, und es ist auch richtig, diese Fragen zu stellen, so der Baubürgermeister. Um all das zu prüfen, abzuwägen und möglicherweise geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen, dafür seien die nun anstehenden Genehmigungsverfahren da.

So gebe es Lärm- und Schadstoffgutachten, auch die ökologischen Auswirkungen des IGI würden geprüft. „Mit diesen Ergebnissen werden wir auf die Bürger zukommen“, sagte Kuhlmann. Dazu werde es auch eine Bürgerversammlung geben. „Wir müssen das regeln. Es gibt einen Schutzanspruch der Bürger vor Lärm und Abgasen“, so der Baubürgermeister. Dafür gebe es aber geeignete Maßnahmen, die man beispielsweise auch im neuen Gewerbegebiet an der Nordwest-Umfahrung umgesetzt habe. „Wir nehmen ernst, was uns die Bürger sagen. Das fließt in das Verfahren ein.“

Eigentümerfrage ohne Bedeutung

Kuhlmann trat der Kritik von Josef Weber (Grüne) entgegen, dass die Fläche bei Herrlishöfen nur deshalb als IGI-Standort ausgewählt worden sei, weil Handtmann dort bereits Grundstücke besitze. „Es gab eine Untersuchung mehrerer Standortalternativen nach einer Vielzahl von rationalen Kriterien. Das Thema Grundeigentum hatte dabei aber null Bedeutung“, sagte der Baubürgermeister. Auch er selbst habe zunächst damit gerechnet, dass eine Fläche bei Schemmerhofen geeigneter sei. „Dort haben wir aber eine höhere ökologische Sensibilität und auch die landwirtschaftlichen Flächen wurden dort als qualitativ höher bewertet als am nun gefundenen Standort bei Herrlishöfen“, sagte Kuhlmann.